Hamburger Abendblatt

Chefredakteur: Martin Saller, Stellvertretende Chefredakteure: Werner Titzrath, Fred Hansch, Josef Ollig. Chef vom Dienst: Manfred Schwark. Planung und Sonderredaktion: Hans Wegner, Rudolf Brüning, Wolfgang Fricke (Chefreporter). Verantwortlich für den Inhalt: Politik: Günther Genske; Dr. Gisela Schoeler (Inland), Hans-Jürgen Müller (Ausland). Hamburg: Wolfgang Schmidt, Stellvertreter: Ludwig Krüger, Walter Künkler, Sport: Jürgen von Einem. Feuilleton und Film: Eberhard v. Wiese. Kulturpolitik: W. M. Herrmann. Wissenschaft und Forschung: Dr. H. L. Schrader. Mode und Frau: Liselott Alverdes, Frauke Sellc. Wirtschaft: Dr. J. Pantenburg. Schiffahrt: Dipl.-Volkswirt H. H. Kroll. Allgemeines: K. Losch. Motor und Straße: Georg K. Weden. Bilder: Andreas Danch. Sonderredaktion: Dr. Hildegard Darrow. Politische Korrespondenten: Herbert G. Haake (Bonn), Dr. Erich Hoepfner, Egbert A. Hoffmann. Bonner Redaktion: Wilhelm Stampfel. Gestaltung: Karl Gröning jr. Herstellung: Robert Klisch, alle in Hamburg. Zuschriften an Redaktion Hamburger Abendblatt, 2000 Hbg. 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6. Artikel, die mit Namen oder Initialen der Verfasser gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverl. eingesandte Manuskripte keine Gewähr.

Verlagsleiter: Rudolph Gothner, Stellvertreter: Walter Rauls. Anzeigenleiter und verantwortlich für den Anzeigenteil: Wolfgang Hoffmann, Vertriebsleiter: Walter Ewald.

Jetzt gemeinsam handeln!

Die Würfel sind gefallen. Entgegen vielfachen Erwartungen vor allem auch im Ausland, hat das Bundeskabinett am Freitagabend seinen Entschluß bekanntgegeben, die D-Mark nicht aufzuwerten. Die Spannung, die zuletzt fast unerträglich geworden war, ist damit zwar vorerst gewichen, und doch bleiben Fragezeichen stehen und hier und da auch Enttäuschungen. Allzusehr trägt die Entscheidung des Bundeskabinetts den Stempel des Kompromisses.

Kompromisse bedeuten immer Zugeständnis und nur halben Erfolg. Dies gilt sicherlich auch für die Lösung, die man sich nun nach tage- und nächtelangen Auseinandersetzungen über das Schicksal der Mark in Bonn ausgedacht hat. Mit den flankierenden Maßnahmen, die im Laufe der kommenden Woche offiziell bekannt gegeben werden sollen, will die Bundesregierung der Devisenspekulation Einhalt gebieten und gleichzeitig den dringenden Forderungen des Auslandes nach Aufwertung der Mark etwas Wind aus den Segeln nehmen. Erste Reaktionen aus dem Ausland lassen indessen erkennen, daß die erneuten Anstrengungen der Bundesregierung um Behebung der Währungskrise draußen nicht so recht honoriert werden. Das Ausland will die Aufwertung; es hat offensichtlich fest damit gerechnet, und so muß der Kompromiß Enttäuschung auslösen.

Die klare Entscheidung Bonns gegen eine Aufwertung müßte in Verbindung mit den begleitenden Maßnahmen, wie beispielsweise die Einführung eines sogenannten Negativzinses für Auslandsgelder bei deutschen Banken, die Devisenströme zum Erliegen bringen. Sie wird darüber hinaus auch die Ausfuhr über die offensichtlich vorgesehene Erhöhung der Exportsteuer weiter zusätzlich belasten und vielleicht auch etwas drosseln. Dem Ausland ist aber eine zweite Quasi-Aufwertung, auch wenn sie drastischer ausfallen sollte als weitere 2 %, ganz gewiß zu wenig, und so hat Bonn mit seiner Kompromißlösung möglicherweise nicht viel erreicht.

Aber was hätte die Bundesregierung und was hätte insbesondere der Kanzler anderes tun können, ohne Gesicht zu verlieren und politisches Terrain aufgeben zu müssen? Und warum soll eigentlich die Bundesrepublik die Last einer einseitigen Paritätsänderung der Mark alleine tragen? In Bonn hat man in jüngster Zeit mehrfach deutlich gesagt, daß man an einer Neuordnung der internationalen Währungsrelationen, die sicherlich einer Korrektur bedürfen, mitwirken will. Im Grunde besteht aber wenig Anlaß, diese Bürde alleine zu übernehmen, zumal heute weitgehend Klarheit darüber besteht, daß entscheidende Währungsprobleme sinnvoll nur noch auf internationaler Ebene gelöst werden können.

Die unsinnigen Behauptungen, daß die Bundesrepublik alleine die Schuld an der weltweiten Währungsmisere trage, werden auch dadurch nicht richtiger und glaubhafter, daß sie immer wieder von neuem und so auch jetzt wieder lautstark hinausposaunt werden. Es wäre zu hoffen, daß nun erst einmal Ruhe an den Währungsfronten eintritt, bis man zu einem besseren Zeitpunkt gemeinsam an die Lösung der anstehenden Probleme herangehen kann. Aus dieser Sicht hätte die halbe Lösung des nun zustande kommenden Kompromisses durchaus ihren Sinn.

p.

Hamburgs Universität international geachtet

Rektor Ehrlicher nimmt Stellung zu aktuellen Fragen

Von unserem Redaktionsmitglied
Ursula Weiner

Hamburg, 10. Mai

Heute, am 10. Mai, wird das 50jährige Jubiläum der Hamburger Universität begangen. Es finden keine Feierlichkeiten statt. Nur ein Empfang im kleinsten Kreis durch Rektor Prof. Dr. Werner Ehrlicher ist vorgesehen. Auch die Festschrift, in der die Geschichte der einzelnen Fakultäten verzeichnet sein wird, soll erst Wochen nach dem Jubiläumstag verteilt werden.

Prof. Ehrlicher

Prof. Dr. Werner Ehrlicher ist der vermutlich letzte Rektor der Hamburger Universität. Mit ihm endet ein Stück Hochschultradition. Der neue Mann an der Spitze der Alma mater wird der Präsident sein. Bis zum Inkrafttreten der Präsidialverfassung im Herbst 1970 noch einen „Übergangsrektor" zu wählen, darauf möchte man in Hamburgs Universität nach Möglichkeit verzichten. Zum Universitätsjubiläum gibt Rektor Prof. Dr. Ehrlicher dem „Hamburger Abendblatt" Antwort auf aktuelle Fragen.

H. A.: Hat Hamburgs Universität internationale Geltung?

Rektor Ehrlicher: Hamburgs Universität ist die drittgrößte im Bundesgebiet. Sie wird international geachtet. Es studieren viele Ausländer in Hamburg, bekannte Wissenschaftler lehrten und lehren in der Hansestadt. Was die Universität heute gilt, wird man jedoch erst in 50 Jahren beurteilen können.

H. A.: Welches sind ihre wichtigsten Erkenntnisse aus Ihrer zweijährigen Amtszeit als Rektor?

Rektor Ehrlicher: Die Studienbedingungen und Studiengänge in den Massenfächern müssen umgestaltet werden. Die Studienreform ist das primäre Problem. Der Streit um die Besetzung der Gremien hat das eigentliche Ziel der Reformen, die Verbesserung der Studienbedingungen, in den Hintergrund gedrängt. Der Ansturm zu den Hochschulen, dem wir uns in den nächsten zehn Jahren gegenübersehen werden, ist mit den bisherigen Mitteln nicht zu bewältigen.

H. A.: Sehen Sie ein Ende der Unruhen ab?

Rektor Ehrlicher: Nein. Der Massenbetrieb an den Universitäten schafft die Voraussetzungen für ständigen Ärger.

H. A.: Welches sind die vordringlichsten Aufgaben der nächsten Monate?

Rektor Ehrlicher: Die im Hochschulgesetz vorgeschriebenen Gremien zu besetzen und den Präsidenten zu wählen. Daneben werden wir ein kontinuierliches Wahlamt brauchen, denn jedes Jahr müssen etwa 20 000 Studenten ihre 40 Vertreter ins Konzil neu wählen. Das Verfahren muß sauber und unanfechtbar sein.

H. A.: Haben sich die Aufgaben des Lehrkörpers gewandelt?

Rektor Ehrlicher: Ja. Neben der bisher dominierenden Fähigkeit, eigenständig zu forschen, rückt auch die Begabung, Wissen zu vermitteln, in den Vordergrund. Im übrigen kann die Maxime nicht die Abschaffung von Leistungsnachweisen und die Einebnung der Qualifikationsmerkmale sein, sondern man muß noch stärker als bisher nach der Qualifikation differenzieren.

H. A.: Welches Gewicht geben Sie der Position des Präsidenten?

Rektor Ehrlicher: Die Universität ist ein politischer Faktor geworden. Ihr Repräsentant ist ein politische Figur und nicht mehr nur ein Repräsentant der Wissenschaft.

H. A.: Welche Charaktereigenschaft muß, neben den fachlichen Qualifikationen, der künftige Präsident der Universität Ihrer Meinung nach unbedingt haben?

Rektor Ehrlicher: Die Unfähigkeit zu resignieren.

(Siehe auch Seite 85)

Kalender einer Krise

Heiße Debatten um die DM-Aufwertung

Deutsche Presse-Agentur

Bonn, 10. Mai

Der Rücktritt des französischen Staatspräsidenten de Gaulle brachte es an den Tag: Auf der Bonner Währungskonferenz im November 1968 war die Diskussion über die Aufwertung der DM nur unterbrochen, aber nicht abgeschlossen worden. Mit dem Rücktritt de Gaulles stürzte auch der französische Franc und kam weiter das Pfund Sterling ins Gerede. Die Absetzbewegung aus den abwertungsgefährdeten Währungen in die aufwertungsverdächtige DM begann. An der Kasse der Bundesbank drängten sich die Käufer immer mehr. Die Krise war da. So sah ihr Terminkalender aus:

Donnerstag, 8. Mai: Die Frankfurter Devisenbörse meldet eine regelrechte schen Verhältnissen". In Paris übersteigt die Mark-Notierung den offiziellen Kurs um 0,21 Francs.

In Frankfurt tritt vor diesem Hintergrund der Zentralbankrat unter Teilnahme von Wirtschaftsminister Schiller zusammen. Entscheidungen werden nicht gefällt. Eine Aufwertung kann dieses Gremium nicht beschließen.

11.00 Uhr: Bundesfinanzminister Strauß erklärt, eine Sondersitzung des Kabinetts über die Währungslage wäre „das Dümmste, was wir tun könnten".

15.30 Uhr: Im Bundeskanzleramt beginnt eine Serie von Beratungen unter der Leitung Kiesingers.

16.00 Uhr: Conrad Ahlers, stellvertretender Sprecher der Bundesregierung, verkündet: Am Wochenende „keinerlei" Kabinettsberatungen über die Aufwertung.

18.00 Uhr: Die Beratungen im Kanzleramt werden unterbrochen. Bundeswirtschaftsminister Schiller bleibt bis weit in die Nacht im Ministerium.

Mitternacht: Die Gesprächsrunde im Kanzlerbungalow geht auseinander. Für Journalisten und Politiker beginnt eine kurze Nacht.

Freitag, 9. Mai: In früher Morgenstunde rasselt bei Bonner Politikern der Wecker.

7.00 Uhr: Konferenz des Kanzlers mit den FDP-Politikern Scheel, Mischnik, Genscher im Palais Schaumburg.

8.00 Uhr: Der Kreßbronner Kreis, das Führungsgremium der Großen Koalition, tagt beim Kanzler. Minister Schiller, der nicht zum Kreßbronner Kreis zählt, nimmt an der Unterredung teil.

11.30 Uhr: Unterbrechung der Sitzung. Ahlers gibt bekannt: Sondersitzung des Kabinetts am Nachmittag.

12.00 Uhr: Die SPD-Bundesminister legen in interner Beratung ihre Marschroute fest.

13.00 Uhr: In Bonn wird die Demarche der französischen Regierung wegen „der widersprüchlichen Äußerungen" von offizieller Bonner Seite bekannt. An den internationalen Devisenmärkten hält der Sturm auf die DM an. Die Bundesregierung muß den Dollarkurs stützen.

14.30 Uhr: Der Kreßbronner Kreis tritt noch einmal zusammen.

16.00 Uhr: Kabinettssitzung im Bundeskanzleramt. Vor dem Palais Schaumburg drängen sich die Journalisten. Die glauben zu wissen, was die Politiker wollen: Schiller: Aufwertung, Kiesinger: keine Aufwertung.

19.30 Uhr: Ahlers gibt die Entscheidung des Kabinetts bekannt: Die DM wird nicht aufgewertet. Die Sitzung der Bundesregierung dauert noch an.

Neue Kompetenzen

Deutsche Presse-Agentur

Bonn, 10. Mai

Das Bundeskriminalamt in Wiesbaden soll künftig ein Bundesamt mit Ermittlungen beauftragen können, wenn dies für eine einheitliche Verbrechensbekämpfung notwendig erscheint.

Diese Auffassung hat der Innenausschuß des Bundestages bei seinen Beratungen in dieser Woche vertreten. Der Bundestag wird möglicherweise diese Regelung noch vor Beginn der Sommerpause beschließen.

BUNTE WELT

Bonn sparte Geld

181 Abgeordnete haben am Freitag die Bundeskasse um 9050 DM bereichert. Der Grund: Bei der namentlichen Abstimmung über die Strafrechtsreform fehlten sie. Dafür bekamen sie je 50 DM von ihrer Tagesgeldpauschale abgezogen.

Festnahme wegen Sabotage

Unter dem Verdacht, zu Ostern 16 Panzer und mehrere Lastkraftwagen des Gebirgsjäger-Panzerbataillons 234 in Pocking (Niederbayern) beschädigt zu haben, ist ein 23jähriger Landarbeiter festgenommen worden. Vor einem Jahr war er wegen eines Gemütsleidens vorzeitig aus einem anderen Gebirgsjäger-Bataillon in Pocking entlassen worden.

Glück im Unglück

Beim Schnelltauchen mit einer Delegation des schwedischen Reichstages an Bord ist das modernste U-Boot der schwedischen Flotte, die „Sjoebjoernen", auf den Grund der Ostsee aufgeschlagen und beschädigt worden. Zum Glück wurde niemand verletzt.

Regierungschef in Nöten

Die Wasserknappheit in Thailand ist inzwischen so groß geworden, daß auch der Ministerpräsident Kittikachorn kein Bad mehr nehmen kann. Der Regierungschef erklärte in Bangkok, er habe sich deshalb mit einer Beschwerde an das Innenministerium gewandt.

Heilige gestrichen

Der Vatikan veröffentlichte gestern einen neuen Liturgischen Kalender, in dem die Namen von 30 Heiligen gestrichen wurden, u. a. der heilige Christophorus, der Schutzpatron der Reisenden, die heilige Barbara und die heilige Susanna.

Gehälter für Frauen

Die britische Regierung hat sich jetzt dafür ausgesprochen, daß die Ehemänner ihre Frauen bezahlen sollen. Sie vertritt den Standpunkt, daß dieses Geld nicht als Haushaltsgeld, sondern als angemessenes Gehalt betrachtet werden sollte. Beide Ehepartner würden bei ihrer Pensionierung dann eine hohe Rente beziehen.

Anschlag auf Justizgebäude

Unbekannte Täter schleuderten in der vergangenen Nacht zwei Molotow-Cocktails durch ein Fenster des Frankfurter Justizgebäudes. Das Inventar in einem Zimmer wurde verkohlt.

Höcherl für Nationalpark

Bundeslandwirtschaftsminister Höcherl hat sich bereit erklärt, einen Nationalpark im Bayerischen Wald mit Bundesmitteln zu unterstützen. Höcherl führte in München über das Projekt eine Unterredung mit seinem bayrischen Kollegen Eisenmann.

Die Meinung der anderen

Der Bonner Entschluß, die DM nicht abzuwerten, wird von der Morgenpresse der westlichen Nachbarstaaten bereits ausführlich kommentiert. Die Erstkommentare sind keinesfalls völlig negativ.

Daily Telegraph

Der konservative „Daily Telegraph" schreibt, trotz der Schwierigkeit

„Seit vielen Monaten ist offenbar, daß die Währungsprobleme der Welt sich nur mit einem Paket lösen lassen, das die Neufestsetzung von mindestens zwei weiteren europäischen Währungen enthält." . . . Nachdem gestern in Bonn nichts gelöst wurde, ist auf der Weltwährungsbühne ein langer Sommer der Ungewißheit zu erwarten. . . Am Ende — je früher umso besser — müssen doch schwere Entschlüsse getroffen werden."

THE FINANCIAL TIMES

Das Wirtschaftsblatt „Financial Times", das zunächst der Aufwertung das Wort geredet hat, setzt sich jetzt für eine Pause in den Spekulationen ein:

„Ehe es eine Pause zum Nachdenken gibt, in der die Hauptwährungen als vorläufig einigermaßen stabil angesehen werden, kann die Welt nicht auf die so offensichtlich notwendige Reform des Währungssystems hoffen."

THE TIMES

Die unabhängige „Times" bezweifelt, daß der Bonner Entschluß ausreichen wird, den Tumult auf den Währungsmärkten der Welt zu besänftigen und fährt dann fort:

„Ohne Zweifel machte die Bundesregierung Fehler und war auf ihre eigenen Interessen so sehr bedacht wie jede andere Regierung. Man muß verstehen, daß Deutschland ein natürliches und völlig legitimes nationales Interesse hat."

Le Monde

Die Pariser „Le Monde" meint in ihrem Leitartikel:

„Es ist leider in unserer Zeit üblich geworden, Währungsfragen ins politische Spiel zu bringen. Das sowohl in der Außenpolitik der Staaten (wie es lange im Streit zwischen Washington und Paris der Fall war) als auch in der Innenpolitik, wie man es heute in Deutschland sieht. Der Streit, den der christlich-demokratische Finanzminister Strauß, Anhänger der gegenwärtigen Parität, gegen den sozialdemokratischen Wirtschaftsminister Schiller, Anhänger der Aufwertung, in aller Öffentlichkeit austrägt, ist eine zusätzliche Ursache für die Währungssituation der meisten Länder. . . Es ist noch gar nicht lange her, daß die Rollen vertauscht waren. Schiller, der sich viel auf seinen Ruf als Meister der deutschen Prosperität zugute hält, war damals gegen eine Aufwertung, und Strauß, der sich ein Ansehen als Mann der Internationalen Zusammenarbeit schaffen wollte, machte wiederholt Andeutung in Richtung einer bevorstehenden Aufwertung.

Regierungssprecher Ahlers gibt die Entscheidung bekannt, daß die DM nicht aufgewertet wird.

Ausland schockiert

Fortsetzung von Seite 1

von, daß vor allem Maßnahmen gegen einen weiteren starken Revisenzufluß in die Bundesrepublik ergriffen werden sollen. Gedacht sei zum Beispiel an eine Erhöhung der sogenannten Export-Steuer von vier auf sechs Prozent. Man könnte auch eine Streichung der sogenannten Verfallfrist erwägen, die für die Export-Steuer bisher für März 1970 festgelegt war.

Für möglich gehalten wird auch die Einführung eines sogenannten Negativzinses für Ausländereinlagen bei deutschen Banken Konten errichten, würden danach für ihre Einlagen keine Zinsen erhalten. Sie müßten im Gegenteil Zinsen zuzahlen. Eine weitere Maßnahme könnte die Stillegung von mehreren Milliarden DM an Steuermehreinnahmen in der Konjunkturrücklage sein.

Wirtschaftsminister Schiller hat, wie Ahlers betonte, auf der Kabinettsitzung am Freitag erklärt, er könne Maßnahmen nur insoweit verantworten, wie sie sich innerhalb der Grenzen der Marktwirtschaft hielten.

Mit zwei Briefen an Bundeskanzler Kiesinger hatte Schiller die Mammutdiskussionen über die DM-Aufwertung ausgelöst. Während der stundenlangen Sitzungen ging es um den Aufwertungsprozentsatz, den der Wirtschaftsminister vorgeschlagen hatte: 6,25 Prozent. Kiesinger ließ es darüber nicht zu einer formellen Abstimmung kommen, stellte jedoch Freitag abend gegen 19 Uhr fest: Die Mehrheit der Bundesregierung ist gegen eine Aufwertung der DM. Der Kanzler versicherte, daß es nach dieser Entscheidung weder Sieger noch Verlierer gebe.

Jubiläum ohne Jubel

Die Jubiläumsfreude ist mehr als gedämpft und muß sich schamhaft verstecken: Sie findet nur „in kleinem Kreis" und hinter geschlossenen Türen statt. Auf einen großen Festakt hat man mit Rücksicht auf die unruhigen Studenten verzichtet. Er würde mit Sicherheit „umfunktioniert" werden. Am 50. Jahrestag ihrer Eröffnung steht die Hamburger Universität — wie die anderen deutschen Hochschulen — in einer schweren Krise, deren Ende nicht abzusehen und deren Ausgang ungewiß ist.

Auseinandersetzungen über die organisatorische Gestalt und die Aufgaben unserer Universität hat es schon sehr früh gegeben. Bereits am 2. Mai 1920, also ein knappes Jahr nach ihrer Eröffnung, hieß es darüber in der Auslandsausgabe des Hamburger Fremdenblattes: „Die verschiedensten Richtungen stehen sich schroff gegenüber, der Gegensatz zwischen Alter und Jugend, zwischen den Ordentlichen Universitätsprofessoren, der jüngeren Gelehrtenwelt und vor allem den studentischen Reformern scheint unüberbrückbar zu sein." Genau wie heute also.

Das ist kein Trost, denn die heutige Krise hat ihre grundlegende Ursache nicht in Strukturproblemen und kann durch strukturelle Änderungen auch nicht behoben werden. Sie hat ihre Hauptwurzel in der totalen Überfüllung und Überforderung der Universität. Auch das neue Hochschulgesetz kann daher kaum etwas bessern. Die Arbeit daran, so nötig sie war, die jahrelangen Debatten über eine bessere Hochschul-Selbstverwaltung, über Mitbestimmung und Paritäten haben den Blick leider allzusehr von dem Grundübel abgelenkt, für das es nur dies Heilmittel gibt: den raschen und großzügigen Ausbau der Universität (bzw. den Aufbau einer zweiten) und eine durchgreifende Studienreform.

Das Verhältnis der verfügbaren Studienplätze zu den Studienanfängern hat sich auf Grund der planlosen deutschen Bildungspolitik, die einerseits die Zahl der Abiturienten rapide hinauftrieb, andererseits aber nicht im entsprechenden Maß den Ausbau des Hochschulwesens förderte, ständig verschlechtert. Und es wird sich weiter verschlechtern. Die Studentenlawine wird noch immer mehr anschwellen und die Universitäten, die schon jetzt am Rand des Zusammenbruchs stehen, rettungslos unter sich begraben, wenn nicht bald etwas Entscheidendes geschieht.

Wo bleibt denn, wenn es ums Geld geht, die ständig beteuerte Priorität der Bildung? Wo bleibt denn das große finanzielle Notprogramm, das den Ausbau des Hochschulwesens in dem notwendigen und bisher nicht gekannten Maßstab ermöglichen würde? Wo bleiben — auch das muß man fragen — die Mäzene aus der Wirtschaft, die, wie der Hamburger Kaufmann Edmund Siemers im Jahre 1911, ein ganzes Vorlesungsgebäude stifteten?

Ebenso dringlich wie der Ausbau der Hochschulen ist die Studienreform. Sie muß vor allem kürzere, der Praxis besser angepaßte Normalstudiengänge und Studienpläne schaffen. Schon dadurch könnten die Universitäten teilweise entlastet werden. Gleichzeitig würde man damit den Studierenden ein zielbewußteres und rationelleres Arbeiten ermöglichen. Daß damit zwangsläufig eine gewisse „Verschulung" der Universität verbunden sein würde, ist durchaus nicht nur Negatives. Die weitaus meisten Studenten wollen heute — mit gutem Recht — auf der Universität rasch und gründlich für einen Beruf ausgebildet werden. Das muß man ihnen ermöglichen. Und daß ein so konstruiertes Hochschulsystem auch gleichzeitig die wenigen, die weiterstudieren wollen, zu wissenschaftlichen Spitzenleistungen führen kann, zeigen die Beispiele der USA und der Sowjetunion.

Es sind schier erdrückende Aufgaben, vor die sich Hamburgs Universität am Beginn des zweiten Halbjahrhunderts ihres Bestehens gestellt sieht. Und ihr noch zu wählender erster Präsident ist kaum zu beneiden. Bewältigt werden können diese Aufgaben nicht von einer Universität und einem Bundesland allein, sondern nur in gemeinsamen Kraftanstrengung aller Universitäten, aller Länder, des Bundes und der gesamten Bevölkerung.

hoe.

3 Tage kostenlos!

Wenn Sie jetzt den Lieferdienst des Hamburger Abendblattes unter der Telefonnummer

35 19 11

anrufen und Ihre Abonnementsbestellung aufgeben, dann kommt das Hamburger Abendblatt am Montag, Dienstag und Mittwoch nächster Woche kostenlos zu Ihnen ins Haus.

Sie können natürlich auch den untenstehenden Bestellschein benutzen. Füllen Sie ihn aus, und schicken Sie ihn — im Briefumschlag oder auf eine Postkarte geklebt — noch heute an das Hamburger Abendblatt, 2000 Hamburg 36.

BESTELLSCHEIN

Hiermit abonniere ich ab sofort das Hamburger Abendblatt zum monatlichen Bezugspreis von 6,20 DM (einschließlich 32,3 Pf Mehrwertsteuer und 1,50 DM Zustellgebühr). Inlandspreis bei Postbezug 6,50 DM. Die Ausgabe vom 12., 13. und 14. Mai erhalte ich kostenlos. Für die Zeit vom 16. bis 31. Mai zahle ich den Teilmonatspreis von 3,10 DM.

Name: .....

Anschrift: .....

(Bitte in Blockbuchstaben ausfüllen!) (105)

Ihr Wunsch -

Ein TORO mit enormer Leistung:
WIND TUNNEL Viertakt 45 cm
Der meistgekaufte TORO mit Viertakt-Motor.
Ein Mäher, der restlos begeistert. Enorm stark, spielend leicht zu starten, leiser Lauf.
Empf. Preis: DM 415.-

unser Ziel: schönerer Rasen

Gleichmäßiger Rasen. Rasen wie ein Teppich.
Dafür ist jeder TORO-Motorrasenmäher gebaut. Dafür garantieren wir.
Das macht der WIND TUNNEL, der liegendes Gras aufstellt und in der richtigen Höhe mäht.
Viele weitere bestechende Extras zeigt Ihnen der TORO-Fachhändler.
Mit TORO leichter schöneren Rasen!

TORO
Motorrasenmäher